

«Kleine müssen bezahlen, Grosse können Versprechen abgeben»

Abstimmung Die Energieabgabe sei mieterfeindlich, sagt SVP-Landrat Hanspeter Weibel

VON HANS-MARTIN JERMANN

Hanspeter Weibel, Sie sind gegen die kantonale Abgabe auf Heizöl und Gas, über die am 27. November im Baselbiet abgestimmt wird. Weshalb?
Hanspeter Weibel: Ich bin generell gegen neue Steuern und Abgaben.

Das ist eine dogmatische Haltung. Die Abgabe ist sehr moderat ausgestaltet. Für eine Dreizimmerwohnung schlägt sie mit 50, für ein Einfamilienhaus mit 150 Franken pro Jahr zu Buche. Ein Klacks im Vergleich zu anderen Belastungen.

Das Problem ist: Die Mieter und Hauseigentümer werden mit der Abgabe belastet, ohne dass eine nennenswerte Gegenleistung gegenübersteht. Das gilt vor allem für Mieter: Sie werden zum Bezahlen einer Steuer verpflichtet, ohne dass sie einen Anspruch darauf haben, dass ihre Wohnung je energetisch saniert wird. Das ist eine mieterfeindliche Abgabe, die Ja-Parole des Mietverbands Baselland ist für mich nicht nachvollziehbar. Der Hauseigentümer hat es etwas besser: Er kann wenigstens selber über eine Sanierung seines Hauses entscheiden und von den durch die Abgabe bereitgestellten Fördermitteln profitieren. Doch auch für ihn geht die Rechnung nicht auf: Denn ein Grossteil der mit der Abgabe eingezeichneten Gelder geht im Bürokraten-Dschungel verloren.

Die Energieabgabe ist im Gegensatz zu anderen Umwelt-Massnahmen ein liberales Instrument: Die Hauseigentümer entscheiden eigenverantwortlich, ob sie ihr Haus energetisch sanieren oder weiterhin eine hohe Abgabe bezahlen möchten.
Unter liberal verstehe ich etwas anderes. Der Entscheid, die Subvention abzuholen, ist zwar frei, niemand muss sein Haus energetisch sanieren. Aber aus der Einführung einer neuen Steuer resultiert ein klarer Zwang.

Die Abgabe ist wirtschaftsverträglich ausgestaltet. Grossverbraucher und KMU können von der Abgabe befreit werden, wenn sie stattdessen in ihrem Betrieb in energiesenkende Massnahmen investieren.

Aus dem Energiegesetz geht nicht klar hervor, wie eine solche Vereinbarung zwischen Kanton und Unternehmen letztlich aussehen könnte. Was passiert, wenn ein Unternehmen das Versprechen abgibt, in fünf Jahren CO₂-frei zu sein, dieses Ziel aber nicht erreicht. Wird es dann gebüsst? Das ist nirgends



Alleine wegen der Subvention nehme niemand eine energetische Gebäudesanierung vor, sagt SVP-Landrat Weibel. URS LINDT

geregelt. Grosse können Leistungsversprechen abgeben, die Kleinen müssen die Abgabe bezahlen. Mag sein, dass das nicht wirtschaftsfeindlich ist. Steuerzahlerfeindlich ist es aber allemal.

Das Baselbieter Stimmvolk hat 2010 mit deutlichem Mehr verlangt, dass der Anteil an erneuerbaren Energien bis 2030 auf 40 Prozent erhöht werden muss. Wie kann dieses Ziel ohne Abgabe erreicht werden?

Dass mit dieser Abgabe der CO₂-Ausstoss markant gesenkt werden kann, ist eine ursächlich falsche Annahme. Ich bedaure, dass nicht rechtzeitig Alternativen diskutiert wurden. Jetzt, mitten in einem nervösen Abstimmungskampf, kommen interessanterweise plötzlich neue Vorschläge aufs Tapet. Die Befürworter überzeichnen die positive Wirkung der geplanten Abgabe. Sehen Sie: Ich selber habe vor über 25 Jahren eine Wärmepumpe in meinem Haus installiert, ich fahre seit drei Jahren ein Elektroauto. Ich lebe im Alltag mehr oder weniger CO₂-frei. Und das, ohne einen einzigen Franken Subvention bezogen zu haben. Das Gleiche gilt doch für energetische Gebäudesanierungen: We-



«Ich lebe im Alltag mehr oder weniger CO₂-frei. Und das, ohne einen einzigen Franken Subvention bezogen zu haben.»

Hanspeter Weibel, SVP-Landrat, Bottmingen, Tesla Fahrer und Wärmepumpen-Inhaber

gen der Fördermittel baut kein Hauseigentümer neue Fenster ein, dazu ist diese Entlastung mit rund zehn Prozent der Investitionen zu gering.

Die Subvention ist gar nicht nötig.
Genau. Der Hauseigentümer investiert in Energiemassnahmen, weil entweder

eine Sanierung ohnehin ansteht oder weil er seinen Energieverbrauch senken will. Kommt hinzu, dass wegen der Administrationskosten zur Abwicklung die Abgaben hoch sind. Das führt zu Ineffizienz. Das Verhältnis zwischen Aufwand - den eingezogenen Abgaben - und dem Ertrag - dem gesenkten Energieverbrauch - ist sehr schlecht. Sie können im internationalen Handel mit Umweltzertifikaten eine Tonne CO₂ bereits für 6 Euro kaufen, bei der Baselbieter Energieabgabe werden 250 Franken eingesetzt, um dieselbe Tonne an CO₂-Emissionen zu vermeiden. Das ist ein krasses Missverhältnis.

FDP-Fraktionschef Rolf Richterich schlägt vor, anstelle der Energieabgabe ein Modell des Energie-Bausparens einzuführen (Text unten, d. Red.). Was halten Sie davon?

Das ist ein sehr prüfenswerter Ansatz. Was mir daran gefällt: Es beruht im Gegensatz zur Energieabgabe tatsächlich auf Freiwilligkeit. Jeder Hauseigentümer kann selber entscheiden, ob er für energetische Massnahmen sparen will oder nicht. Dass solche Investitionen steuerlich abzugsfähig sein sollen, ist sinnvoll.

Noch schweigen die Steuerzahler

Energiesteuer Nächsten Dienstag diskutiert der Vorstand der Liga der Steuerzahler doch noch über die Abgabe - Ausgang ungewiss

VON HANS-MARTIN JERMANN

Eigentlich müsste die Baselbieter Liga der Steuerzahler seit Wochen aus allen Rohren gegen die Energieabgabe schießen, über die das Baselbieter Stimmvolk am 27. November entscheidet. In den Zielen der Liga steht klipp und klar: «Wir wehren uns gegen jede weitere Einführung neuer Steuern.» Auch sei man gegen neue Gebühren und Abgaben, wenn diese nicht durch anderweitige Entlastungen kompensiert würden. Doch die Liga der Steuerzahler ist bis jetzt im nervösen Abstimmungskampf noch gar nicht in Erscheinung getreten.

Mit Wirtschaftskammer verhandelt

Weshalb? Die Sache ist delikat. Die Geschäftsstelle der Liga befindet sich im «Haus der Wirtschaft», dem Domizil der Wirtschaftskammer Baselland, und als Geschäftsführer fungiert Wirtschaftskammer-Direktor Christoph Buser (FDP). Er ist zudem einer der Architekten der Energieabga-

be, die von einer Koalition aus SP, Grünen, CVP, EVP und FDP als grosser energiepolitischer Kompromiss gefeiert wird. Zudem wird das 2010 eingeführte Energiepaket - quasi das Vorläuferprogramm zur nun geplanten Energieabgabe - von der Wirtschaftskammer administrativ abgewickelt.

Die Wirtschaftskammer-nahe Liga der Steuerzahler befindet sich also in der Zwickmühle. Führenden Kräften wie alt SVP-Nationalrat und Steuerrichter Caspar Baader ist die Angelegenheit unangenehm: Auf eine Anfrage reagiert er genervt, will seine persönliche Meinung zur Energieabgabe nicht verraten und verweist auf den Präsidenten der Liga, Jörg Felix. Dieser wiederum ist trotz mehrmaliger Anrufversuche für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

Die bz weiss: Das Thema Energieabgabe ist an der Vorstandssitzung vom kommenden Dienstag traktandiert. Mindestens drei Vorstandsmitglieder sind gegen die neue Abgabe auf Heizöl und Gas: FDP-Nationalrätin Daniela Schneeberger, SVP-Landrat Die-

ENERGIE-BAUSPAREN

«Schnapsidee» des FDP-Fraktionschefs

In einem Beitrag in der «BaZ» hat FDP-Fraktionschef Rolf Richterich vorgeschlagen, anstatt der Zwangs-Energieabgabe ein freiwilliges Energie-Bausparen einzuführen. In einer Mitteilung kritisieren die Befürworter der Abgabe nun die «unausgegorene Idee» Richterichs: Rechtliche Abklärungen zeigten, dass diese bundesrechtswidrig sei, da die geltenden Steuerabzüge abschliessend genannt seien. «Mit der Schnapsidee wird versucht, den Stimmbürgern kurz vor dem 27. November Sand in die Augen zu streuen», sagt SP-Landrat Stefan Zemp.

ter Epple sowie der Sissacher Advokat und Steuerexperte Hubertus Ludwig. Allerdings mag Schneeberger aus Rücksicht auf ihre Partei, welche die Ja-Parole beschlossen hat, öffentlich nicht gegen die Abgabe antreten. Ganz anders SVP-Landrat Epple, der - wie die grosse Mehrheit seiner Partei - klar dagegen ist. «Das ist doch ganz einfach: Diese Energieabgabe ist eine neue Steuer. Da kann ich nicht dafür sein», sagt Epple. Hubertus Ludwig mag nicht so recht glauben, dass die Abgabe - wie vorgesehen - 2030 tatsächlich wieder abgeschafft wird. «Ich unterstelle niemandem eine böse Absicht. Aber vor 2030 werden dann einige finden, dass die Abgabe eben doch fortgeführt werden müsse.» Auch deshalb will er sich nun gegen die Einführung wehren.

Au der Vorstandssitzung der Liga der Steuerzahler sind also kontroverse Diskussionen programmiert. Präsident Jörg Felix steht unter Druck, knapp zwei Wochen vor der Abstimmung doch noch eine Abstimmungsempfehlung herauszugeben.

NACHRICHTEN

**BILDUNGSRAT
Gewerkschaftsbund
gegen Abschaffung**

Der Gewerkschaftsbund Baselland (GBBL) protestiert gegen die Ankündigung der Baselbieter Bildungsdirektorin Monica Gschwind, den Bildungsrat abschaffen und durch eine regierungsrätliche Kommission ersetzen zu wollen (bz von gestern). Damit wolle die Bildungsdirektorin undemokratisch den jüngsten Baselbieter Volksscheid umgehen, der sich ganz klar gegen eine Kompetenzverschiebung vom Bildungsrat zum Landrat ausgesprochen hat. Die angekündigte Verzögerung der Einführung des Lehrplans 21 sei bereits «ein Entscheid gegen den Bildungsrat». (BZ)

**ALLSCHWIL
Unbekannter überfällt
zwei Jugendliche**

Ein Unbekannter hat am frühen Mittwochabend an der Bachgrabenpromenade in Allschwil zwei Jugendliche überfallen. Er packte sie nacheinander und forderte ein Mobiltelefon. Als der zweite sagte, er habe keines, flüchtete der Mann, wie die Polizei gestern mitteilte. Sie sucht Zeugen. (SDA)

**STUDIE
Baselland benötigt
Jugendbeauftragten**

Eine Situationsanalyse und Strategieentwicklung der Kinder- und Jugendförderung hat aufgezeigt, dass Baselland im kantonalen Vergleich die wohl umfassendsten Grundlagen besitzt, gleichzeitig aber in anderen Punkten im Kantonsranking abfällt. Insbesondere fehlt die Stelle eines kantonalen Jugendbeauftragten. Dies teilt der Verein Offene Kinder- und Jugendarbeit Baselland und Region mit, der die Studie initiiert hat. Am Mittwochabend wurden im Liestaler Kulturhotel Guggenheim die vom Institut Kinder- und Jugendhilfe der Hochschule für Soziale Arbeit der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) erarbeiteten Ergebnisse einer breiten Gruppe aus Gemeinde- und Kantonsvertretern vorgestellt. Die FHNW hat den Bestand an kommunalen Jugendangeboten im Baselbiet systematisch erfasst und neben der Ist-Analyse 26 Handlungsempfehlungen zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendförderung erarbeitet. (BZ)

**UMFAHRUNG LIESTAL
Erste Etappe der
Notsanierung fertig**

Bei der Notsanierung des Ergolzviadukts der Umfahrung Liestal auf der A22 ist die erste Etappe abgeschlossen. Dies teilt das Baselbieter Tiefbauamt mit. Da nun die Arbeiten auf der Fahrbahn fertig sind, muss mit keinen weiteren Verkehrsbehinderungen mehr gerechnet werden. Bei der zweiten Etappe für die Überbrückungsmassnahmen, die je nach Witterung im März 2017 vorgesehen sind, werde es aber wieder zu ähnlichen Verkehrsbehinderungen kommen. (BZ)

INSERAT

**Maya Graf
Nationalrätin
Grüne
Sissach**



«Das Erfolgsmodell Baselbieter Energiepaket soll weitergeführt werden. Es hilft Umwelt und Gewerbe und schafft Arbeit für unsere Region. Das Baselbiet muss wieder Pionierkanton in der Energiepolitik werden.»

**JA
Energie-
Fördermassnahmen**